

Änderungsantrag der Fraktionen der SPD und der CDU

Nachtragshaushaltsgesetz und Nachtragshaushaltsplan der Freien Hansestadt Bremen für das Haushaltsjahr 2005 (einschließlich Veränderungen im Produktgruppenhaushalt)

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

- I. Der Nachtragsproduktgruppenhaushalt wird wie folgt geändert:

Produktplan: 11 Justiz

Produktbereich: 11.02 Ordentliche Gerichtsbarkeit

Produktgruppe: 11.02.03 Landgericht Bremen

Der Anschlag bei den konsumtiven Einnahmen wird von 7.050 T€ um 328 T€ auf 6.722 T€ reduziert.

Der Anschlag bei den sonstigen konsumtiven Ausgaben wird von 4.769 T€ um 110 T€ auf 4.879 T€ erhöht.

- II. In konkreter Umsetzung wird der Nachtragshaushaltsplan wie folgt geändert:

Einzelplan: 01 Justiz und Verfassung, Sport

Kapitel: 0131 Landgericht Bremen

Titel: 0131/112 02-5 Gerichtsgebühren und Geldstrafen

Der Anschlag wird von 7.048.280 € um 328.400 € auf 6.719.880 € reduziert.

Titel: 0131/532 25-3 Sonstige Auslagen in Rechtssachen

Der Anschlag wird von 2.461.480 € um 110.030 € auf 2.571.510 € erhöht.

Cornelia Wiedemeyer,
Dr. Carsten Sieling und Fraktion der SPD

Helmut Pflugradt,
Hartmut Perschau und Fraktion der CDU